

Rede  
von Bernd Westphal, MdB  
am 7. Mai 2015  
im Deutschen Bundestag

**1. Les. Reg.-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie**

**1. Les. Reg.-Entwurf eines Gesetzes zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen**

---

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist sicherlich eine schwierige und wichtige Debatte, die wir hier heute führen. Ich denke - viele meiner Vorredner haben das vorangestellt -, es geht hier auf der einen Seite darum, mit dieser Vorlage der Absicherung der Trinkwasserqualität in Deutschland gerecht zu werden. Das sind berechnigte Interessen, was unser Lebensmittel Nummer eins angeht. Aber auf der anderen Seite geht es auch darum, eine Rohstoffförderung in Deutschland zu gewährleisten. Ich finde es unredlich, wenn in Bezug auf diesen vorliegenden Gesetzentwurf gesagt wird, wir würden ähnliche Bedingungen wie in den USA schaffen. Eben das ist nicht der Fall. Der hier von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf legt die weltweit höchsten Standards fest, zu denen Erdgasförderung in Deutschland in Zukunft stattfinden wird, und das ist ein Fortschritt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Erdgas ist ein wichtiger Energieträger, nicht nur für die Wärme- und Stromerzeugung, sondern auch für die chemische Industrie. Das sieht man, wenn man die großen Investitionen der chemischen Industrie beobachtet, die nicht mehr in Europa getätigt werden, sondern in den USA, weil dort das Erdgas, das durch die

Anwendung dieser Technologie gefördert wird, sehr günstig ist. Deshalb gibt es auch für uns einen Grund, diese Technologie anzuwenden und sie nicht leichtfertig aufzugeben.

Die Importabhängigkeit beträgt bei Erdöl 98 Prozent, bei Erdgas fast 90 Prozent - das wurde genannt -, bei Steinkohle, wenn wir das letzte Bergwerk 2018 schließen, 100 Prozent. Die Braunkohle ist der einzige heimische, ohne Subventionen auskommende Energieträger, der für Preisstabilität sorgt. Deshalb müssen wir auch, was die Versorgung mit Energie angeht - Energie ist Wohlstand -, schauen, was national zur Verfügung steht, und dementsprechend Rahmenbedingungen schaffen.

Seit den 50er-Jahren wird in Deutschland Erdgas gefördert. Der Wirtschaftsminister von Niedersachsen hat dazu hier einiges gesagt. Ich denke, die Horrorlandschaften, die hier beschrieben werden, findet man in Niedersachsen eben nicht. Es gibt dort keine Mondlandschaften.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Westphal, darf die Kollegin Verlinden Ihnen eine Zwischenfrage stellen?

**Bernd Westphal (SPD):**

Bitte sehr.

**Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Westphal, dass Sie die Frage zulassen. - Sie haben gerade gesagt, wir müssten aufgrund der Versorgungssicherheit die Importabhängigkeit, zum Beispiel von Erdgas, verringern und aufgrund dieser Thematik auch über Fracking in Deutschland reden. Ich bin etwas verwundert, weil Ihre Parteikollegin Frau Bundesumweltministerin Hendricks sowohl heute in ihrer Rede als auch öffentlich in

Statements etwas anderes verkündet. So heißt es zum Beispiel in einem Pressebriefing des Ministeriums vom November 2014 wörtlich:

Erdgas-Fracking kann ... in Deutschland keinen substantziellen Beitrag zu unserer Energieversorgung leisten. Weder die Reduzierung unserer Abhängigkeit von Energieimporten noch unsere Klimaziele werden wir durch den Aufbau einer kostenintensiven Fracking-Infrastruktur erreichen.

Ich sehe einen gewissen Widerspruch zwischen dem, was die Umweltministerin sagt, und dem, was Sie gerade hier verkündet haben, nämlich dass wir aufgrund der Importabhängigkeit und Versorgungssicherheit auch über Fracking ernsthaft nachdenken müssten. Ich sehe das anders, aber das habe ich schon in meiner Rede gesagt. Mich würde interessieren, wie Sie zu diesem Widerspruch stehen.

**Bernd Westphal (SPD):**

Wir haben in Deutschland eine untergeordnete Behörde des Wirtschaftsministeriums, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR, ansässig in Hannover. Deren Präsident hat aufgrund geologischer Erkenntnisse, die die Bundesanstalt bisher hat, prognostiziert, dass wir 1,3 Billionen Kubikmeter Erdgas im Kohle- und Schiefergasvorkommen in Deutschland haben könnten. Das weiß man natürlich nicht. Im Bergbau sagt man: Vor der Hacke ist es duster. - Das heißt, wir müssen erst einmal Probebohrungen ermöglichen und Erkenntnisse sammeln, die uns auf der einen Seite dazu verhelfen, diese Technologie sicher anzuwenden, und die uns auf der anderen Seite Klarheit darüber verschaffen, wie viel Vorkommen wir in Deutschland überhaupt haben und welchen Beitrag Erdgas leisten kann. Dann werden wir auch sicher Klarheit darüber haben, ob das ein substantzieller Beitrag sein kann oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU - Volker  
Kauder (CDU/CSU): Völlig richtig! Sehr vernünftig!)

Wie gesagt: Seit den 50er-Jahren wenden wir diese Technologie an. Weil wir Befürchtungen haben, dass wir mit der Technologie im Kohle- und Schiefergasvorkommen durchaus Risiken eingehen, wollen wir diese Technologie wissenschaftlich begleitet anwenden. Ich glaube, dass wir auch in Deutschland eine Offenheit für solche innovativen Dinge brauchen, für Investitionen, die Unternehmen tätigen wollen, wobei wir gleichzeitig den Schutz von Umwelt und Natur gewährleisten müssen.

Wir haben mehrere Gutachten vorliegen, die sich bereits mit diesem Thema beschäftigt haben, übrigens auch erstellt im Auftrag des Umweltbundesamtes. Keines dieser Gutachten kommt zum Ergebnis, dass wir, wie hier teilweise gefordert, Fracking verbieten sollten; es wird vielmehr ausgeführt, dass es Risiken gibt, die man aber durchaus beherrschen kann. Deshalb kommen auch Verbände wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft - der BDEW ist also mit dabei - zu dem Ergebnis, dass wir bei der unkonventionellen Erdgasförderung in Deutschland weiterhin zusätzliche Probebohrungen zulassen sollten.

Wir haben nun strengere Regelungen, von denen einige genannt worden sind, zum Beispiel für den Umgang mit der Frack-Flüssigkeit oder das Verbot wassergefährdender Stoffe. Wir haben eine Reihe von Gebieten in Deutschland ausgewiesen, wo die Anwendung dieser Technologie ausgeschlossen wird, wir haben Umweltverträglichkeitsprüfungen in vielen Bereichen vorgesehen, die es heute noch nicht gibt. Wir werden mit der unabhängigen Expertenkommission sicherlich Erkenntnisse zusammentragen können, die auch uns als Bundestagsabgeordneten eine Entscheidungsgrundlage bieten können. Deshalb glaube ich schon - das hat auch Matthias Miersch gesagt -, dass wir das Thema, vielleicht auch mit einem

Parlamentsvorbehalt, dann noch einmal neu bewerten können, wenn diese Erkenntnisse vorliegen. Auch im Bereich Lagerstättenwasser gibt es in dem Gesetzentwurf erste Anzeichen, wie wir von den heutigen durchaus risikoreichen Anwendungen in kohlenwasserstoffentspannten geologischen Formationen zu neuen Entsorgungswegen kommen können.

Mein Fazit ist: Wenn der Grundwasserschutz gewährleistet ist, wenn wir schwierige Gebiete ausnehmen, kann konventionelle Erdgasförderung wieder an den Start gehen; wenn wir hohe Standards festlegen, wissenschaftlich begleitete Probebohrungen vornehmen, haben wir die Chance, auf dieser Basis noch einmal neu zu entscheiden.

Seneca hat einmal gesagt:

Nicht weil die Dinge schwierig sind, wagen wir sie nicht,  
sondern weil wir sie nicht wagen, sind sie schwierig.

(Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie  
lieber einmal die Energiewende!)

Die Sozialdemokratie steht für Fortschritt und für Innovation; deshalb sollten wir - unter strengen Auflagen - auch dieser Technologie nicht entsagen.

Vielen Dank und Glück auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)